

Sönke Neitzel

DEUTSCHE KRIEGER

Vom Kaiserreich zur
Berliner Republik –
eine Militär-
geschichte

**SPIEGEL
Bestseller**

Jetzt als Taschenbuch

ullstein 

Sönke Neitzel

DEUTSCHE KRIEGER

Vom Kaiserreich zur
Berliner Republik –
eine Militärgeschichte

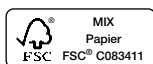
Ullstein

Besuchen Sie uns im Internet:
www.ullstein-buchverlage.de

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Klimaneutrales Produkt
- Papiere aus nachhaltiger
Waldwirtschaft und anderen
kontrollierten Quellen
- ullstein.de/nachhaltigkeit



Ungekürzte Ausgabe im Ullstein Taschenbuch

1. Auflage August 2022

© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2020 / PropyläenVerlag

Umschlaggestaltung: zero-media.net, München, unter Verwendung
einer Vorlage von Morian & Bayer-Eynck, Coesfeld

Titelabbildung: @ullstein bild – Heritage Images / Stapleton Historical
Collection

Satz und Repro: LVD GmbH, Berlin

Gesetzt aus der Aldus nova Pro

Druck und Bindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-548-06519-9

Inhalt

Vorwort zur Taschenbuchausgabe	I
Einleitung	II
I. Auf dem Weg zur Weltmacht.	
Das Militär im Kaiserreich (1871–1918)	23
Blut und Eisen	23
Kolonien	32
Armee	36
Inneres Gefüge	36
<i>Tribal cultures</i>	41
Schikanen	44
Kriegsplanungen	51
Weltenbrand	56
Wie siegen?	56
Anpassung von Strategie und Taktik	61
Verbrechen	72
Fazit	79
II. Armee der Niederlage.	
Die Reichswehr in der Weimarer Republik (1918–1933)	83
Staat im Staate?	83
Aus der Niederlage lernen	94

Sozialstruktur und <i>tribal cultures</i>	100
Fazit	108
 III. Im Zeichen des Totalen Krieges.	
Die Wehrmacht im Dritten Reich (1933–1945)	111
Auftakt	111
Wehrgemeinschaft	111
Selbstgleichschaltung	116
Kriegsvorbereitung	125
Operationen	128
Der Sprung ins Dunkle: Polen	128
Siegeslauf in Frankreich	134
Hybris und Nemesis: Der Feldzug gegen die Sowjetunion	143
Der Kampf gegen die Westmächte 1941–1944	160
Der letzte Akt: 1944/45	182
Kohäsion	190
Opfertum	196
<i>Tribal cultures</i>	199
Menschenführung	208
Primärgruppen	213
Verbrechen	216
Polen: Ouvertüre zum Vernichtungskrieg	216
»Normalkrieg« im Westen 1940/41	223
Vernichtungskrieg in der Sowjetunion	225
Signaturen der Gewalt	233
Fazit	241

IV. Friedensarmee im Kalten Krieg.

Die Bundeswehr der Bonner Republik (1955–1989)	249
Eine andere Armee braucht das Land	249
Das Ringen um die innere Ausrichtung der Streitkräfte	265
Truppenalltag	278
Skandale und <i>tribal cultures</i>	287
Kulturkampf	298
Der gespielte Krieg I	318
Von der <i>massive retaliation</i> zur <i>flexible response</i>	318
Endlich einsatzbereit?	326
<i>Flexible response</i> – die Lösung der Probleme?	331
Wehrmacht in neuem Gewande?	335
Entspannungspolitik und Friedensbewegung	344
Reformen	353
Bildungsoffensive	353
Grenzen der Inneren Führung	356
Zwischen »Gammeldienst« und Leistungsgrenze	361
Der gespielte Krieg II	371
Die beste Wehrpflichtarmee der NATO	371
Kriegsnah ausbilden	383
Rückkehr zum Bewegungskrieg	385
West-östliche Wahrnehmungen	391
Traditionen	394
Fazit	402

V. Außen preußisch – innen sowjetisch.

Die Nationale Volksarmee der DDR (1952–1990)	409
Volk in Waffen	409
Armee der Partei	415
Kriegsplanung und Bündnispolitik	427
Die beste NSWP-Armee des Warschauer Paktes	434
Fazit	437

VI. Zwischen »Friedensdividende« und Auslandseinsatz.

Die Bundeswehr der Berliner Republik (1990 bis heute)	441
Neue Welt, neue Aufgaben	441
Armee der Einheit	456
Eine kleinere Bundeswehr braucht das Land	461
Erste Kampfeinsätze	466
Die Schatten der Wehrmacht	474
Die Bundeswehr in Afghanistan	487
Verantwortung für den Norden Afghanistans	490
Die Sicherheitslage verschärft sich	501
Der Kampf um die Provinz Kunduz 2009	511
Rückschläge, Erfolge, Abzug – 2010–2014	526
<i>Tribal cultures</i>	532
Der Krieg in Afghanistan im politisch-gesellschaftlichen Diskurs	551
Afghanistan – eine Bilanz	559
Die Rückkehr des Kalten Krieges?	562
Bedingt einsatzbereit	562
»Die Wehrmacht hat nichts mit der Bundeswehr gemein« .	571
Resümee	583

Dank	601
 Anhang	 605
Dienstgrade Wehrmacht und Bundeswehr (Heer)	607
Militärische Gliederung	608
Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1989	609
Abgeordnete des Reichstags (MdR) sowie des Bundestags (MdB), die Militärdienst geleistet haben	611
Anmerkungen	613
Quellen und Literatur	755
Verzeichnis der Abkürzungen	803
Bildnachweis	807
Personenregister.	808

Vorwort zur Taschenbuchausgabe

Das Manuskript zu diesem Buch wurde im Juli 2020 abgeschlossen. Seitdem ist die Welt eine andere geworden, und Deutschland steht vor den Trümmern seiner Sicherheitspolitik. In Kabul regieren die Taliban, Mali ist instabiler denn je, und der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 markiert die nicht für möglich gehaltene Rückkehr des großen Krieges nach Europa.

Das Ende in Afghanistan

»Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die afghanischen Sicherheitskräfte allein in der Lage sein werden, den Taliban Paroli zu bieten. Doch scheint es momentan nicht die Absicht Washingtons zu sein, alle Truppen vom Hindukusch abzuziehen.«¹ So beschrieb ich die Lage im Sommer 2020. Präsident Donald Trump entschied ein Dreivierteljahr später anders, und der NATO-Rat beschloss am 14. April 2021 den Abzug aller Truppen. Die Vereinigten Staaten gaben den Kurs vor, und die Verbündeten trotteten hinterher. Wenige Wochen zuvor hatte der Bundestag das Mandat für den Einsatz »Resolute Support« noch um zehn Monate verlängert. Dabei war viel von Frauenrechten die Rede und von Fortschritten, die man durch einen überhasteten Abzug nicht gefährden wolle.² Ohne die internationale Truppenpräsenz im Land würden die Taliban die Lösung auf dem Schlachtfeld suchen, meinte Außenminister Heiko Maas; es könne aber keine militärische Lösung für den Konflikt geben. Darum müsse man noch einige Monate im Land bleiben und sich geordnet zurückziehen, immer in Abhängigkeit von Fortschritten bei den Verhandlungen der Amerikaner mit den Taliban in Doha.³ Worte der Illusion und der Hilflosigkeit, die nur

wenige Wochen später von der Realität überholt wurden. Wie schon so oft beim Thema Afghanistan wurden Luftschlösser errichtet, um die Zustimmung zur Mandatsverlängerung zu erreichen. Die Bundesrepublik war Zaungast, ohne Einfluss auf die Ereignisse. Es ist keine Initiative Deutschlands oder der Europäer bekannt, die Mission allein oder in reduzierter Form fortzuführen, um all die Errungenschaften abzusichern, die so blumig in den Bundestagsreden vergangener Jahre ausgeschmückt worden waren. Gemeinsam rein, gemeinsam raus war die Devise. Eine Strategie war das nicht.

Am 30. Juni 2021 landete das letzte A400M-Transportflugzeug der Bundeswehr auf dem niedersächsischen Fliegerhorst Wunstorf. Damit war der Abzug abgeschlossen. Die Taliban hatten die Deutschen in Ruhe ziehen lassen. Empfangen wurden die letzten 264 Soldaten vom Befehlshaber des Einsatzführungskommandos, Generalleutnant Erich Pfeffer. Ein Vertreter der Bundesregierung war nicht anwesend. Eine Woche zuvor hatte es immerhin eine aktuelle Stunde im Bundestag gegeben, in der die Parlamentarier den Soldaten ausdrücklich für ihren Dienst in Afghanistan gedankt hatten. Neben den üblichen Phrasen der Schönrederei fielen dabei auch bemerkenswert nachdenkliche Worte. Manche dachten wohl, dass dieses Zeichen ausreiche und man rasch zur Tagesordnung übergehen könne. Doch in der Öffentlichkeit regte sich deutliche Kritik daran, dass kein Vertreter eines Verfassungsorgans in Wunstorf anwesend war.⁴ Das Verteidigungsministerium versuchte zu erklären, was nicht zu erklären war: Die Soldaten hätten sich das so gewünscht, außerdem habe man aus Sicherheitsgründen das Datum des letzten Fluges geheim halten müssen. Aber der Fauxpas war nicht aus der Welt zu schaffen. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, meinte zu Recht: »Politik hat bei der Begrüßung der letzten Afghanistan-Rückkehrer in der Heimat so gut wie alles falsch gemacht. Das gilt für die Umstände des ›stillen Empfangs‹ ebenso wie für die Kommunikation danach.«⁵

Unterdessen gewannen die Taliban rasch an Boden. Anfang Mai verlor die afghanische Regierung die ländlichen Regionen und die großen Verbindungsstraßen, kontrollierte aber noch alle 34 Provinzhauptstädte. Doch mit dem Wegfall der Unterstützung durch die amerikanische Luftwaffe und die US-Spezialkräfte stellten sich die afghanischen Sicherheitskräfte kaum mehr zum Kampf. Am 6. August fiel

die erste Provinzhauptstadt. Danach brach der Staat von Präsident Aschraf Ghani wie ein Kartenhaus zusammen. Masar-e Sharif, einst der größte deutsche Stützpunkt, wurde am 14. August eingenommen, einen Tag später fiel die Hauptstadt Kabul. Ghani floh in die Vereinigten Arabischen Emirate. Die deutschen Nachrichtendienste hatten die Erosion der afghanischen Staatsmacht und ihrer Streitkräfte zwar aufmerksam beobachtet. Doch die Geschwindigkeit, mit der das Schiff sank, war schwer vorauszusagen. Die Szenarien reichten von »Es kann am Ende alles sehr schnell gehen« bis zu »Kabul hält noch bis zum nächsten Frühjahr«. Noch am Freitag, den 13. August, also zwei Tage vor dem Fall der Hauptstadt, hieß es in einem Bericht des Verteidigungsministeriums, dass eine Machtübernahme der Taliban *in diesem Jahr* wahrscheinlich sei. Auch BND-Präsident Bruno Kahl musste später zugeben, dass die Geschwindigkeit des Zusammenbruchs seine Behörde überrascht habe.⁶

Ein Problem für die Nachrichtendienste war die Fragmentierung der Taliban. Der rasche Vormarsch auf Kabul dürfte die Taliban-Führung selbst überrascht haben und ging vor allem auf die Initiative lokaler Kommandeure zurück, die die Gunst der Stunde nutzten. Die eigentliche Unterlassungssünde war somit nicht, dass man es versäumt hatte, den Fall Kabuls auf den Tag genau vorauszusagen, sondern dass die Bundesregierung keinerlei Worst-Case-Vorsorge getroffen hatte. Zum Beispiel hätte man ein Evakuierungskommando in Usbekistan stationieren können, um im Ernstfall Deutsche und besonders gefährdete Ortskräfte schnell auszufliegen. Nichts dergleichen geschah, obwohl die deutsche Botschafterin in Washington, Emily Haber, am 6. August vor dem drohenden Fall Kabuls gewarnt hatte.⁷ Doch im Krisenstab war kein Wille zum Handeln erkennbar, und der führungsschwache Außenminister Heiko Maas war der Situation nicht gewachsen. Aber auch das Kanzleramt übernahm – wie so oft – nicht die Führung. Drängende Bitten von Mitgliedern des Krisenstabs, die Bundeswehr zu alarmieren, wurden abgelehnt. Erst am Freitag, den 13. August, legte man den Schalter um; nun sollte alles ganz schnell gehen. Glücklicherweise hatten etliche Soldaten des Fallschirmjägerregiments 31 und des Stabes der Luftlandebrigade 1 vorgesorgt. Manche Männer waren aus eigener Initiative vorzeitig aus dem Urlaub zurückgekehrt, weil sie ahnten, was auf sie zukommen könnte. Jetzt

bewiesen die Verbände, dass sie kaltstartfähig waren. Bereits am Montag, den 16. August, hoben zwei A400M aus Wunstorf in Richtung Kabul ab. Mit an Bord waren gut 160 Fallschirmjäger, außerdem rund 20 Mann des Kommandos Spezialkräfte (KSK), über deren Teilnahme man erst in letzter Minute entschieden hatte; sie mussten mit Hubschraubern der Bundespolizei nach Wunstorf geflogen werden, da die Bundeswehr keine eigenen Maschinen zur Verfügung hatte.

In Kabul hatte sich der deutsche Vizebotschafter am Sonntag, den 15. August, unterdessen selbst den Evakuierungsbefehl gegeben, da das Auswärtige Amt immer noch nicht aus seiner Schockstarre erwacht war. Er fuhr mit seinem Personal, geschützt von Bundespolizisten, in die US-Botschaft. Als die ersten deutschen Soldaten am 16. August auf dem Kabuler Flughafen landeten, wurde dieser von 4500 Soldaten der 82. US Airborne Division gesichert. Ihr Kommandeur, Generalmajor Chris Donahue, gab klare Anweisungen: Keine Deutschen außerhalb des Zauns! So beteiligten sich die deutschen Fallschirmjäger, Kommandosoldaten und Bundespolizisten innerhalb des Flughafenbereichs an der Sicherung der Tore. Neben den Deutschen schickten auch zahlreiche andere Nationen Soldaten zur Evakuierung ihrer Staatsbürger und Ortskräfte nach Kabul. Man sah Männer und Frauen aus aller Herren Länder, von Singapur bis Kanada, die in den Gebäuden ihre Lager aufschlugen. Vieles musste improvisiert werden. Verpflegung und Ausrüstung wurden untereinander getauscht, und da niemand motorisiert war, wurden die Fahrzeuge des Flughafens kurzerhand aufgebrochen und kurzgeschlossen, um auf dem riesigen Gelände mobil zu sein. Zeitweise glich das Areal einem »Woodstock der Spezialkräfte«, wie ein Beteiligter meinte.

Gleichwohl war allen klar, dass es sich um einen bitterernsten Auftrag handelte. Unter dem Andrang afghanischer Zivilisten beteiligten sich die Deutschen daran, Ordnung in das Chaos zu bringen, die Lage unter Kontrolle zu halten und Menschen zu evakuieren. Hektisch riefen Staatssekretäre und Bundestagsabgeordnete auf den Diensttelefonen der Offiziere vor Ort an und verlangten, diesen oder jenen Afghanan zu retten. Doch angesichts des Ansturms auf die Tore war es kaum möglich, die Sonderwünsche aus Berlin und die immer wachsenden Listen des Auswärtigen Amts abzuarbeiten. In einer nächtlichen Aktion evakuierten Soldaten des KSK mit amerikanischen

Hubschraubern Zivilisten aus der Stadt. Letztlich hatte der Kommandeur der Luftlandebrigade 1, Jens Arlt, den Auftrag, die Transportmaschinen bis auf den letzten Platz zu belegen und mit entsprechenden Bildern ein kraftvolles politisches Signal zu setzen, das das Zögern und Bremsen der Bundesregierung überdecken sollte. Dabei war es kaum möglich, vor Ort zu prüfen, wer berechtigt war, ausgeflogen zu werden. Im Gedränge vor den Toren herrschte das Recht des Stärkeren, und die allermeisten, die es auf das Flughafengelände schafften, wurden auch ausgeflogen. Im Zweifel wurden bei der Identitätsprüfung beide Augen zugedrückt. Schließlich evakuierte die Bundeswehr 5347 Menschen aus 45 Nationen in 37 Flügen, darunter aber nur 138 Ortskräfte und 496 ihrer Familienangehörigen.

So endete der deutsche Afghanistan-Einsatz für die Bundeswehr doch noch erträglich. Der Evakuierungseinsatz stärkte das Selbstvertrauen der Truppe, die ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen konnte. Und der Politik dürfte ein Stein vom Herzen gefallen sein, dass zumindest diese Operation nach Plan verlief. Jens Arlt wurde vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Offenbar hatte man in Berlin inzwischen verstanden, dass man die Soldaten nicht im Regen stehen lassen durfte. Als der Afghanistan-Einsatz am 13. Oktober 2021 mit einem Zentralen Abschlussappell gewürdigt wurde, bot der Staat alles auf, was Rang und Namen hatte. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hielt eine bemerkenswerte Rede, in der er den Einsatz der Soldaten würdigte und auch seine eigene Verantwortung als Mitglied mehrerer Regierungen nicht unerwähnt ließ. Doch dies war nicht der Ort für allzu selbstkritische Worte. »Die Bundeswehr hat ihren Auftrag erfüllt«, erklärte der Bundespräsident.⁸ Das war gewiss gut gemeint, und es war in den Herbsttagen des Jahres 2021 auch von höheren Offizieren oft zu hören. Freilich kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Bundeswehr ihren Auftrag in Afghanistan *nicht* erfüllt hat, weil sie ihn nie hat erfüllen können. Erinnern wir uns: ISAF – als Kern des deutschen militärischen Engagements am Hindukusch – war eine NATO-Operation, und der Auftrag blieb stets vage; letztlich sollten sie die Autorität der afghanischen Regierung stärken und für Stabilität sorgen, was immer das bedeuten mochte. Zwar versuchten die deutschen Soldaten, diesen Auftrag nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, doch den Zu-

sammenbruch der afghanischen Regierung und ihrer Armee konnten sie nicht verhindern. Die Bundeswehr war in eine »mission impossible« geschickt worden.

Umso wichtiger, dass nun eine unabhängige Aufarbeitung erfolgt. Bundespräsident Steinmeier hob in seiner Rede zum Abschlussappell hervor, dass die Lehren aus zwanzig Jahren Afghanistan gezogen werden müssten, und wies darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger Fragen stellen und darauf Antworten erwarten. »Diese Antworten sind wir, ist die Politik Ihnen schuldig – und sie sollten nicht in erster Linie schnell, sondern ehrlich und gründlich erfolgen.«⁹ Auch zahlreiche Bundestagsabgeordnete sprachen sich für eine Evaluation des Einsatzes aus. Aber wird es wirklich die »schonungslose Bilanz« geben, die die Wehrbeauftragte unlängst forderte?¹⁰ Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass ein Untersuchungsausschuss gebildet werden soll, der sich mit dem Abzug aus Afghanistan befasst. Daneben soll eine Enquetekommission den »Gesamteinsatz [...] mit wissenschaftlicher Expertise evaluieren«.¹¹ Allerdings verbinden die Parteien mit diesen Gremien ganz eigene Interessen; um eine schonungslose Evaluation dürfte es dabei kaum gehen.

Dabei wären Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz angesichts der Lage in Mali dringender denn je. Zwei Putsche im August 2020 und Mai 2021 erschütterten dort die ohnehin schon fragile politische Stabilität. Offensichtlich ist es der internationalen Staatengemeinschaft in ihrem nun schon über zehn Jahre andauernden Einsatz nicht gelungen, die Lage im Land zu stabilisieren.¹² Von außen kann gutes Regieren kaum hergestellt werden, wenn es dafür im Innern zu wenig Anknüpfungspunkte gibt. Diesem Problem hat sich die Bundesregierung nie wirklich gestellt, und auch in der Bundeswehr scheint ein offener und ehrlicher Diskurs über Mali nicht ernsthaft stattzufinden. Da Frankreich im Juni 2021 die Operation Barkhane beendete, stehen die UN- und EU-Missionen in Mali mehr denn je infrage, da diesen nun der militärische Rückhalt fehlt. Der Bundestag hat im Mai 2022 beide Mandate dennoch um ein Jahr verlängert. Einsatzerfahrene Offiziere der Bundeswehr meinen, dass damit ein guter Zeitpunkt für den Ausstieg verpasst wurde. So droht in Mali ein ähnlich unrühmliches Ende wie in Afghanistan.

Zeitenwende

Der 24. Februar 2022 markiert das Ende aller Gewissheiten. Nur wenige haben wirklich glauben können, dass der russische Präsident Putin Ernst macht und einen großen Krieg vom Zaun bricht. Gewiss wusste man auch in Berlin über den Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze genau Bescheid, und niemand mochte einen Angriff gänzlich ausschließen. Aber kaum jemand hielt für möglich, dass Moskau diesen Sprung ins Dunkle wagen würde. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte.¹³ Doch nunmehr ist alles möglich. Wer will noch ernsthaft voraussagen, was Putin tun und lassen wird? Selbst der Einsatz von Atomwaffen erscheint nicht mehr ausgeschlossen. Damit stellt sich die Frage dringender denn je, ob das Baltikum, Polen und Rumänien verteidigt werden können. Vor allem: Was kann die Bundeswehr in einer solchen Lage zur Bündnisverteidigung beitragen? Der Inspekteur des Heeres, Alfons Mais, schrieb am Morgen des 24. Februar auf LinkedIn: »Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da. [...] Wir haben es alle kommen sehen und waren nicht in der Lage, mit unseren Argumenten durchzudringen, die Folgerungen aus der Krim-Annexion zu ziehen und umzusetzen.«¹⁴

Mais schrieb diese Zeilen spontan und ohne Abstimmung mit seinem Stab. Sein Offenbarungseid zwang die Politik zur Ehrlichkeit. Niemand konnte nun die üblichen Phrasen wiederholen, dass die Bundesrepublik ihre sicherheitspolitischen Verpflichtungen erfülle. Wie konnte es sein, dass die Streitkräfte im Jahr 8 nach der Krim-Annexion immer noch »blank« dastanden und nicht in der Lage waren, das eigene Land zu verteidigen? Mais bekam viel öffentlichen Zuspruch. Intern wetzten manche freilich schon die Messer und sprachen von »Hochverrat«. Aber auch die ehemalige Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer twitterte bemerkenswert ehrliche Worte: »Ich bin so wütend auf uns, weil wir historisch versagt haben. Wir haben nach Georgien, Krim und Donbass nichts vorbereitet, was Putin wirklich abgeschreckt hätte.«¹⁵

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie der russische Überfall auf die Ukraine hätte verhindert werden können. Ein NATO-Beitritt

Kiews 2008 hätte erst recht zu einem russischen Angriff geführt, zumal die Ukraine damals militärisch praktisch wehrlos war. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine einsatzbereite Bundeswehr an Putins Entschluss etwas geändert hätte, da ein direktes Eingreifen der NATO nie zur Debatte stand. Aber: Durch seine sicherheitspolitische Leisetreterei trug Deutschland erheblich dazu bei, Europa schwach und zerstritten erscheinen zu lassen.

Dass die Bundeswehr im Moment der Krise kein einziges Kampftrouppenbataillon zusätzlich zu den Kräften in Litauen einsatzbereit hatte, ist ein Armutszeugnis. Eine schlagkräftige Armee lässt sich nicht bei Bedarf aus dem Hut zaubern, und es wird noch Jahre dauern, bis die Bundeswehr einen wirkungsvollen Beitrag zur Verteidigung der NATO leisten können. Auf die Probleme ist immer wieder hingewiesen worden. Alle Analysten waren sich in ihrer Lagebeurteilung einig und haben teilweise mit geradezu flehentlichen Worten Abgeordnete und Minister gebeten, mehr zu tun. Auf mögliche Krisen vorausschauend zu reagieren war aber nicht die Stärke der deutschen Regierung. Und so ist seit der Krim-Annexion 2014 viel zu wenig passiert. Es gab zwar deutlich mehr Geld, aber ein politischer Wille, die Bundeswehr für die Bündnisverteidigung einsatzbereit zu machen, war nie zu erkennen. Es ging immer nur darum, die NATO-Verpflichtungen zu erfüllen: alle vier Jahre eine VJTF-Brigade zu stellen und ein Bataillon als Enhanced Forward Presence in Litauen zu stationieren.

Niemand schien sich daran zu stören, dass die weitergehenden Pläne, bis 2032 drei kampfbereite Divisionen aufzustellen, intern längst als unerreichbar galten. Hinzu kommt, dass die Covid-19-Pandemie ein gewaltiges Loch in den Ausbildungsbetrieb des Heeres gerissen hat. Eineinhalb Jahre wird es wohl brauchen, um die Rückstände aufzuholen. Eine hinreichende Gefechtsausbildung von ganzen Verbänden gelang wegen des fehlenden Materials und Personals nicht. Und selbst wenn einmal eine Kompanie oder ein Bataillon *combat ready* gemeldet wurde, konnte der Zustand nicht gehalten werden, weil alsbald Material an die nächste Einheit abgegeben werden musste oder die Soldaten zu anderen Aufgaben abgezogen wurden.

Gewiss hat die Bundeswehr intern versucht, das Ruder herumzureißen. Ein beredter Ausdruck davon sind die »Operativen Leitlinien

des Heeres«, die Generalleutnant Alfons Mais im September 2021 herausgab. Hier ist von der »Ausrichtung auf den Kampf«, einer »kriegsnahen Ausbildung«, »Kriegstüchtigkeit«, »Bewährung im Kampf«, »Bereitschaft zum Kampf« und »siegeswillig im Gefecht« die Rede. Die Landstreitkräfte sollen, so heißt es da, eine Bevorratung für das hochintensive Gefecht von »mehr als 30 Tagen« erhalten.¹⁶ Das wurde noch nicht einmal im Kalten Krieg erreicht. Die Auslandseinsätze kommen interessanterweise kaum vor, und der Hinweis, dass nur derjenige internationale Krisenmissionen bestehen wird, der die Bündnisverteidigung beherrscht¹⁷, ist etwas fragwürdig. Die beiden Szenarien sind grundverschieden, und das eine ist aus dem anderen keineswegs so einfach abzuleiten.

Auch andere Generale und Admirale sprachen jetzt Klartext, was erfreulich war, weil das Berufsbild des Soldaten in seinem Kern endlich ernst genommen wurde. Offenkundig hat in der Amtszeit von Annegret Kramp-Karrenbauer in der Bundeswehr ein Mentalitätswandel begonnen. Die Ministerin hatte – anders als ihre unglücklich agierende Vorgängerin – mit Begriffen wie »Kriegstauglichkeit« kein Problem. Doch jenseits der Semantik wurde nach wie vor zu wenig erreicht. Erst im Mai 2021 legte Kramp-Karrenbauer ein Eckpunktepapier vor¹⁸, das in die richtige Richtung wies und mit der Auflösung der Streitkräftebasis und des Sanitätsdienstes als eigenständige Organisationsbereiche ein Stück weit die Dysfunktionalität der Bundeswehr beseitigen wollte. Vier Monate vor der Bundestagswahl kam dieses Papier aber viel zu spät und ging auch nicht weit genug. Es war vor allem eine Empfehlung, im Falle eines CDU-Wahlsiegs weiterhin als Ministerin wirken zu können.

Die Bundeswehr kam also in den letzten Jahren nicht wirklich voran. Das lag auch daran, dass der Verteidigungsministerin die Unterstützung der Kanzlerin fehlte, die dringend notwendig gewesen wäre, zumal die Sozialdemokraten als Koalitionspartner alle Bemühungen um mehr Realismus in der Sicherheitspolitik blockierten. So war der eigentliche Gegenspieler Kramp-Karrenbauers nicht die parlamentarische Opposition, sondern der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich. Er betonte immer wieder, dass die Vorstellung der Verteidigungsministerin von Stärke und Abschreckung nicht die seine sei, dass er Russland nicht als Bedrohung empfinde und für dessen

Einbindung in eine europäische Friedensordnung eintrete und dass er gegen das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben sei.¹⁹ Die Weigerung der SPD in der letzten Legislaturperiode, die fünf Heron-TP-Drohnen der Bundeswehr zur Bewaffnung freizugeben, wirkt angesichts des Krieges in der Ukraine geradezu surreal. Allerdings: Initiativen der Kanzlerin, mit ihrer Richtlinienkompetenz einzugreifen, sind auch nicht bekannt geworden, und in vielen Punkten dürfte sie den SPD-Positionen nähergestanden haben als der Arbeitsgruppe Verteidigung ihrer eigenen Partei.

Im Bundestagswahlkampf 2021 spielten – wie schon traditionell – die Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Bundeswehr im Besonderen keine Rolle. In den Wahlprogrammen von SPD und Grünen stand das Thema weit hinten. Zwar war dort auch von guter Ausstattung der Streitkräfte die Rede, aber im Vordergrund standen zivile Konfliktprävention, Dialog, Frieden und Kampf gegen Rechtsextremismus in den Streitkräften. Einzig die CDU stellte die Außen- und Sicherheitspolitik an den Anfang ihres Wahlprogramms und widmete sich den Streitkräften ausführlicher.²⁰ Im rot-grün-gelben Koalitionsvertrag gab es dann zwar ein klares Bekenntnis, die Bundeswehr besser auszustatten, ihre Strukturen effizienter zu gestalten und die Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Konkretere Ziele wurden aber nicht festgelegt. Und der FDP gelang es nicht, die Bildung eines Nationalen Sicherheitsrates durchzusetzen.

Der Kurs der deutschen Sicherheitspolitik änderte sich nach der Bildung der neuen Regierung im Dezember 2021 zunächst nicht. Deutschland fiel im sich zuspitzenden Ukraine-Konflikt wieder einmal durch Zögern und Zurückhaltung auf. North Stream 2 wurde als »privatwirtschaftliches Vorhaben« verteidigt, Waffenlieferungen an die Ukraine wurden aus historischen Gründen ausgeschlossen. Dies war schon allein deshalb widersinnig, weil die Ukraine neben Belarus am meisten unter dem deutschen Terror im Zweiten Weltkrieg gelitten hatte. Wieder einmal musste die deutsche Geschichte als Feigenblatt für das eigene Nichthandeln herhalten. Nach dem 24. Februar stand Deutschland weiter auf der Bremse, doch dieser Kurs ließ sich nicht mehr durchhalten. Angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine wurde der moralische Druck in der Öffentlichkeit immer größer, und auch die Verbündeten dürften der Bundesregierung hinter ver-